

matik der SPD an. Auf dem Görli-zer Parteitag 1921 wurde ein Partei-programm beschlossen, das wesent-liche marxistische Grundprinzipien des Erfurter Programms preisgab und die SPD auf die Theorie und Praxis des »dritten Weges« festlegte. Das 1925 verabschiedete Heidelber-ger Programm hatte insgesamt einen

kleinbürgerlich-reformistischen Charakter. Auf seiner Grundlage entwickelte die SPD-Führung in der Folgezeit die Theorie vom »organi-sierten Kapitalismus«; sie betrieb die sog. Tolerierungspolitik gegenüber der Monopolbourgeoisie. Die Füh-rung der SPD lehnte, insbesondere am Ende der Weimarer Republik, alle Angebote der KPD zur Fierstel-lung der —• *Aktionseinheit* bei der Abwehr des Faschismus ab. Nach-dem die reaktionärsten, chauvini-stischsten und räuberischsten Kreise des Monopolkapitals ihre offene Diktatur errichtet hatten, wurde im Juni 1933 auch die SPD verboten. Während der ganzen Zeit der Wei-marer Republik gab es in der SPD Kräfte, die der Politik der Zusam-menarbeit mit den bürgerlichen Par-teien Widerstand entgegensetzten und an einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten interessiert wa-ren. Oppositionelle Kräfte in der SPD, die nach einem Weg des Kampfes gegen Faschismus und Re-aktion suchten, jedoch nicht zu einer marxistischen Politik überzugehen vermochten und einen Weg zwi-schen SPD und KPD für möglich hielten, bildeten 1931 die Sozialisti-sche Arbeiterpartei Deutschlands, die ohne größeren Einfluß blieb. In der Zeit des Faschismus, vor allem während des zweiten Weltkrieges, zerfiel die SPD in einzelne Gruppen. Der Parteivorstand löste sich 1940 in Lissabon auf, während zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre am antifaschistischen Widerstandskampf teilnahmen. Durch den Zentralaus-schuß der SPD wurde im Mai 1945 begonnen,

die Partei wieder aufzubauen. Der Zentralaus-schuß der SPD stimmte in seinem Aufruf vom 15. 6. 1945 dem Aktionsprogramm der KPD zu. Die aus der sozialdemokratischen Poli-tik während der Weimarer Republik gezogenen Lehren sowie die Erfah-rungen des gemeinsamen antifaschi-stischen Widerstandes mit den Kom-munisten waren wesentliche Grund-lagen für die Herstellung der Ak-tionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die im Apr. 1946 in der damaligen sowje-tischen Besatzungszone zur Vereini-gung von KPD und SPD zur —► *So-zialistischen Einheitspartei Deutsch-lands* führte.

2. politische Partei in der BRD und in Westberlin, deren maßgebliche Führungskräfte die imperialistische Ordnung aktiv verteidigen. Die rechtsopportunistischen Kräfte in der SPD führten nach der Zerschla-gung des Faschismus die Tolerie-rungspolitik gegenüber der Mono-polbourgeoisie weiter. Sie spalteten sich vom Zentralaus-schuß der SPD ab und gründeten 1946 in Hannover für die damaligen westlichen Besat-zungszonen eine eigene Partei. Ihre politische Konzeption bestand darin, die wachsenden Bestrebungen der Sozialdemokratie in den westli-chen Besatzungszonen nach Her-stellung der Einheit der Arbeiter-klasse zu unterdrücken, antifaschi-stisch-demokratische Umgestaltun-gen zu verhindern und mit der Schü-rung des Antikommunismus sowie der Verbreitung der sozialreformi-stischen Ideologie die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen. Diese Konzeption begünstigte die im Gefolge ihrer Niederlage im zweiten Weltkrieg geschwächte Mo-nopolbourgeoisie und trug wesent-lich zur Restauration ihrer Macht bei. Begünstigt durch die lang anhal-tende kapitalistische Nachkriegs-konjunktur in der BRD, durch strukturelle Veränderungen in der sozialdemokratischen Mitglied-